

GRUNDKONSENS von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Beschlossen am 16./17. Januar 1993 in Hannover; in Kraft seit 14. Mai 1993

PRÄAMBEL

- (1) Wir, DIE GRÜNEN und das BÜNDNIS 90, aus den Oppositionskulturen der beiden deutschen Staaten gewachsen, schließen uns zu BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zusammen, um als gemeinsame politische Kraft unter den neuen nationalen und globalen Herausforderungen für unsere demokratischen Reformziele zu kämpfen und politische Verantwortung zu übernehmen.
- (2) Uns eint der Wille nach mehr Demokratie und sozialer Gerechtigkeit, das Gebot einer umfassenden Verwirklichung der Menschenrechte, das Engagement für Frieden und Abrüstung, Gleichstellung von Frauen und Männern, Schutz von Minderheiten, Bewahrung der Natur sowie umweltverträgliches Wirtschaften und Zusammenleben.
Unsere gemeinsame Organisation soll Kristallisationskern für alle Kräfte sein, die sich diesen Zielen verpflichtet fühlen. Wir wollen die Ideen, die Kritik und den Protest von Bürgerinnen und Bürgern aufnehmen, sie zu Aktivität ermutigen und ganzheitliche Konzepte entwickeln, die ihre Gestaltungskraft aus der Verbindung konkreter Utopien mit realisierbaren Schritten gewinnen.
- (3) Wir wissen, dass die verpassten Chancen der deutschen Vereinigung nur dann ausgeglichen und die schwere Hypothek ihres falschen Beginns nur dann abgetragen werden kann, wenn wir die Barrieren in den Köpfen und Herzen abbauen und uns gegenseitig in Achtung und Partnerschaft annehmen.
Ein Zurück in die alten Welten wird die Lösung der sich verschärfenden Probleme zwischen Ost und West sowie Nord und Süd nicht bringen. Nur ein fairer Interessen- und Lastenausgleich auf der Grundlage aktiver Solidarität, ein von gegenseitigem Verstehen und Toleranz bestimmtes Handeln werden ein Gemeinwesen fördern, das lebendigen Bestand hat und seine Verantwortung anderen Völkern und der natürlichen Umwelt gegenüber wahrnehmen kann.

1. GRUNDWERTE

1.1. MENSCHENRECHTE

- (4) Die Erfahrungen mit Nationalsozialismus und Stalinismus in Deutschland haben gezeigt, dass der Einsatz für die Menschenrechte, hier und überall in der Welt, zu den vordringlichsten Aufgaben jeder Politik gehört. Verwirklichung und Schutz der Menschenrechte sind Voraussetzung für eine demokratische, soziale und ökologische Politik.
- (5) Die Menschenrechte können als präziser Maßstab zur Beurteilung des freiheitlichen und humanen Charakters einer politischen Ordnung sowie der ökonomischen Verhältnisse aufgefasst werden. Ihre Erfüllung wird zum Kriterium für die innere Festigkeit und Zukunftsträchtigkeit einer politischen Ordnung.
An der Lebensqualität aller Menschen in einer Gesellschaft zeigt sich, inwieweit die Menschenrechte in einem Land gelten.
- (6) Unser Verständnis der Menschenrechte stützt sich auf die drei Pakte der Vereinten Nationen. Es umfasst die politischen BürgerInnenrechte, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und individuelle Freiheitsgarantien; die sozialen Existenzrechte; das Recht auf Schutz der Umwelt, Sicherung der Grundbedürfnisse sowie auf Bildung und Entwicklung. Diese Rechte sind unteilbar, gleichwertig und universell gültig. Dies muss sich in der praktischen Politik dahin gehend auswirken, dass sie uneingeschränkt auch für ImmigrantInnen, Flüchtlinge, Kinder, Lesben und Schwule, Behinderte, Alte, Kranke, Arbeitslose, Obdachlose und Gefangene gelten.
- (7) Diese Menschenrechte einschließlich des Rechts auf Asyl müssen über die UNO-Konventionen hinaus als einklagbare Grundrechte jedes Menschen in der Verfassung und durch Gesetze gesichert sein.
Elementare Rechte wie das Vereinigungs- oder das Versammlungsrecht dürfen in unserer Verfassung nicht weiterhin ausschließlich den Deutschen vorbehalten bleiben, sondern müssen uneingeschränkt für alle Menschen gelten. Zur umfassenden Verwirklichung der Menschenrechte gehören die volle Teilnahme ausländischer Staatsbürgerinnen und Staatsbürger am politischen Leben, die vollständige Gleichberechtigung der Geschlechter, der Verzicht auf jede Art von Diskriminierung sowie die konsequente Verankerung von Minderheitenrechten, da die Menschenrechte in einer Demokratie die wesentliche politische Funktion haben, Minderheiten in ihrer Identität zu schützen.
- (8) Neben der verfassungsrechtlichen und gesetzlichen Garantie sind wir daher bemüht, die Menschenrechte auch im Alltag gegen staatliche Willkür, wirtschaftliche Übermacht, strukturelle Gewalt, Unmenschlichkeit, Brutalität oder Rassismus zu verteidigen. Unsere Politik beruht auf Einmischung und Solidarität mit den Betroffenen und richtet sich gegen Gleichgültigkeit und Ignoranz.
- (9) Unsere Menschenrechtsauffassung verlangt vor allem festzustellen, wie konsequent die Menschenrechte in der alltäglichen und in der langfristigen Politik verwirklicht werden. Unser Verständnis der Menschenrechte geht von der Solidarität mit allen Opfern politischer und sozialer Menschenrechtsverletzungen aus. Deshalb bedeutet unser Einsatz für die Menschenrechte niemals einen Einsatz nur für die eigenen Rechte, sondern auch für die Rechte Anderer, im eigenen Land und weltweit. Eintreten für Menschenrechte schließt deshalb die Kritik an der Mitverantwortung der Bundesrepublik für Menschenrechtsverletzungen in anderen Ländern mit ein und muss sich auf alle Felder der Innen-

und Außen-, Rechts- und Wirtschaftspolitik erstrecken.

- (10) Die Menschenrechte sind unteilbar, selbst wenn wir wissen, dass die Erfüllung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte nicht sofort und weltweit möglich ist und dass es durchaus zu Konflikten zwischen einzelnen Menschenrechten bzw. zwischen Menschenrechten und Überlebensstrategien kommen kann. Unsere Aufgabe sehen wir darin, die Verweigerung oder Verletzung von Menschenrechten öffentlich anzuklagen, alle Menschenrechtsverletzungen zu verurteilen und uns mit den Ursachen dieser Verletzungen auseinanderzusetzen. Abrüstung, die Bewahrung der Umwelt und ein weltweiter Ausgleich zwischen Arm und Reich sind aus unserer Sicht Voraussetzungen für die uneingeschränkte und weltweite Verwirklichung der Menschenrechte.

1.2. ÖKOLOGIE

- (11) Die Menschen sind eingebunden in den übergreifenden Zusammenhang der Natur. Die Natur ist die einmalige und unwiederbringliche Lebensvoraussetzung für die Menschen. Mit Vernunft begabt, sind sie jedoch imstande, die Naturelemente in ihrer Vielfalt zu beeinflussen und neu zueinander in Beziehung zu setzen. Sie haben allerdings nicht das Recht, mit der Natur nach Belieben zu verfahren. Das Bewusstsein und der Wille, dass der dauernde Erhalt des ökologischen Gleichgewichts und die Vielfalt der Gattungen und Arten einen untauschbaren Selbstwert besitzen, der den menschlichen Aktivitäten des Wirtschaftens und Konsumierens Grenzen setzt, müssen gestärkt werden. Unser gesamtes Handeln steht in der ökologischen Verantwortung für die nachfolgenden Generationen.
- (12) Die beginnende Klimakatastrophe mit Treibhauseffekt und Ozonloch droht große Lebensräume zu vernichten. Die Luft wird weiter verpestet, mehr und mehr Wasser wird vergiftet, große Bodenflächen sind verseucht. Die Wälder werden bis zur Verwüstung abgeholzt, die letzten »Paradiese« der Erde zerstört, natürliche Ressourcen unwiederbringlich verbraucht. Naturangepasste Lebensweisen fallen dem Vordringen der Geld- und Profitwirtschaft zum Opfer. Menschen fliehen aus ihrer angestammten Heimat. Katastrophen werden zur Normalität, der Normalfall zur Katastrophe.
- (13) Nicht allein Fehlverhalten und Unwissenheit treiben in das Desaster. Vielmehr ist es der schrankenlose industrielle Wachstumswahn, der alle Regionen und Lebenswelten seiner aggressiven und expansiven Logik unterwirft. Seine Gier nach Stoffen und Energie, nach Landschaft und Zeit ist von keiner vorausschauenden Vernunft und Ethik gebremst und entzieht sich jeglicher Kontrolle. Jetzt zerstört er selbst die Atmosphäre, in die die Erde eingebettet ist. Zu oft hat sich staatliche Politik bisher als unfähig und unwillig erwiesen, schädigendem Wachstum Grenzen zu setzen oder es in qualitative Bahnen zu lenken. Kurzsichtig wird in der Regel industriellen Verwertungsinteressen der Weg geebnet. Aufgabe und Pflicht des wirtschaftlichen Handelns bestehen deshalb darin, dringend Strukturen zu schaffen, in denen sich Selbsterhaltung und Sorge für sich selbst mit Fürsorge für andere und Rücksicht auf das gemeinsame Leben und die Natur verbinden.
- (14) Heute gilt mehr denn je: Die Antwort auf die Zerstörung unseres Planeten darf sich nicht in einzelnen Umweltschutzmaßnahmen erschöpfen. Immer öfter erweisen sich diese als Augenwischerei, die den klaren Blick für die Ursachen der Zerstörung verstellen. Zentral gelenkte Planwirtschaften wie auch die ungebremselte Geltung privatwirtschaftlicher Interessen haben sich als untauglich erwiesen, ökologisch zu produzieren und strukturelle Armut zu verhindern. Unsere Ablehnung der sozialistischen Misswirtschaft beinhaltet keine pauschale und automatische Zustimmung zum kapitalistischen Wirtschaftssystem. Wir wollen stattdessen den Wandel zu einer ökologisch-solidarischen Weltwirtschaft, in der Wachstum an sich nicht mehr die entscheidende wirtschaftliche Zielgröße sein darf. Global sind die Grenzen des Wachstums in vielen Bereichen längst erreicht, sogar überschritten.
- (15) Wir brauchen eine weltweite Neuorientierung: Der stoffliche Austausch der Menschen mit der Natur, die gesamte Art zu produzieren und zu verbrauchen, muss so gestaltet werden, dass die Natur und in ihr die Menschen miteinander existieren können. Die Wirtschaftsweise muss sich den natürlichen Kreisläufen annähern, sie muss ressourcenschonend und energiesparend, naturnah und nachhaltig gestaltet werden. Ökologisch belastende Verhaltensweisen müssen die entsprechenden ökonomischen Belastungen nach sich ziehen oder stärker als bisher durch Verbot und Strafe verhindert werden. Die Menschheit insgesamt und gerade die BürgerInnen der reicheren Industriestaaten müssen begreifen, dass die von ihrer Arbeits- und Lebensweise ausgehenden, dramatischen ökologischen Zerstörungen auch ihre eigenen Lebensgrundlagen vernichten werden. Wir brauchen den Mut, eine ganzheitliche ökologische, soziale und demokratische Neubestimmung der stofflichen und formellen Seite des Wirtschaftens auch gegen Widerstände durchzusetzen. Nicht vermehrbare Naturressourcen, die für das Wirtschaften unverzichtbar sind, betrachten wir als Gemeineigentum, an dem jedem Menschen ein gleiches Anrecht zusteht. Ökologie ist deshalb mehr als Umweltpolitik, sie ist immer auch Gesellschaftspolitik: Politische Ökologie.
- (16) Unsere ökologischen Ziele weisen weit über die heutige Form des gesellschaftlichen Lebens hinaus. Die Chancen der Verwirklichung sind durch den herrschenden politischen Rahmen bestimmt. Mit diktatorischen Mitteln lässt sich ein ökologischer Bewusstseinswandel nicht erzwingen. Der Einsatz für die ökologische Gestaltung aller Lebensbereiche erfordert deswegen auch stets das Eintreten für eine Erweiterung demokratischer Einflussmöglichkeiten auf allen Ebenen des gesellschaftlichen Lebens.
- (17) Auch die individuellen Lebensweisen bedürfen der Veränderung. Doch wir wissen: Jedem einzelnen Menschen das ökologisch notwendige Maß an Einsicht, Selbstbeschränkung und Verantwortlichkeit abzuverlangen, gelingt leichter in einer Gesellschaft, in der alle Menschen weitgehende demokratische Mitentscheidungsrechte haben, in der Armut

abgebaut ist, niemand wegen kultureller Andersartigkeit diskriminiert und Frauen nicht unterdrückt werden. Ökologie geht deswegen notwendig mit sozialer Emanzipation der Menschen zusammen.

1.3. DEMOKRATIE

- (18) Demokratie soll die gleichberechtigte Teilnahme aller an der Gestaltung des Gemeinwesens gewährleisten. Sie vermittelt Freiheit und Gerechtigkeit im selbstbestimmten Gesellschaftsrahmen. Wir fordern Demokratie in allen Lebensbereichen. Unser Ziel ist eine umfassende Demokratisierung von Staat und Gesellschaft. Wir wollen, dass die Menschen in immer größerem Maße von bloßen Objekten zu Subjekten gesellschaftlichen Handelns werden, dass sie für sich das Recht erringen, in Politik, Wirtschaft und Kultur die eigenen Lebensbedingungen zu gestalten und selbst über ihre Arbeits- und Lebensweisen zu entscheiden. Individuelle und gemeinsame Selbstbestimmung sind für uns ein wichtiger Bestandteil einer lebendigen Demokratie.
- (19) Demokratie und Menschenrechte sind untrennbar miteinander verknüpft. Ohne Schutz der Menschenwürde, ohne Diskriminierungsverbot und das Recht, jederzeit seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern, kann Demokratie nicht funktionieren. Ohne das Recht, an der Gestaltung der eigenen Gegenwart und Zukunft teilzuhaben und mitzuentcheiden, laufen alle anderen Rechte leer.
- (20) Der Wunsch nach Selbstbestimmung und Mitsprache und die tatsächlichen Möglichkeiten hierzu klaffen jedoch immer weiter auseinander. Der scheinbaren Allmacht der Parteien und der hinter ihnen stehenden Kräfte in Exekutive und Wirtschaft steht eine immer größere Ohnmacht der Bürgerinnen und Bürger gegenüber. Diese Ohnmacht und der Mangel an wirklichen Mitwirkungsmöglichkeiten sind ein wesentlicher Grund für wachsende »Politikverdrossenheit«. Zugleich werden immer mehr Entscheidungen mit dem Argument der »Zentralisierung«, »Vereinheitlichung«, »Beschleunigung« oder »Vereinfachung« durch die Regierungen dem Zugriff der Menschen und sogar der Parlamente entzogen.
- (21) Dies gilt im besonderem Maß für die Europäische Gemeinschaft, deren Exekutivorgane immer mehr Kompetenzen an sich ziehen. Der Abbau demokratischer Rechte in den Mitgliedstaaten wird hier durch den Aufbau einer wuchernden, zentralistischen und demokratisch nicht kontrollierten Bürokratie noch verschärft.
- (22) In den Parlamenten selbst wird Demokratie in der Regel durch Sperrklauseln, das Übergewicht der Exekutive, den Fraktionszwang, Abhängigkeiten von Spendengeldern u.a. nur unbefriedigend und verstümmelt praktiziert. Zugleich wird außerparlamentarischer Protest oft repressiv eingeschränkt und kriminalisiert, während rechte Gewalt verharmlost wird.
- (23) Wir treten ein für eine Demokratisierung wirtschaftlicher Entscheidungsprozesse. Bestehende Formen der Selbstverwaltung, der Tarifautonomie, der individuellen Selbstverantwortung und der demokratischen Mitbestimmung werden zunehmend verletzt. Wir erkennen, dass die Konzentration politischer Entscheidungs- und wirtschaftlicher Verfügungsgewalt in den Händen weniger die Freiheit und Lebenschancen vieler Menschen national und international einschränkt. Wir wollen deswegen eine breite gesellschaftliche Rahmendiskussion über die Ziele, Art und Weise des Wirtschaftens sowie eine Änderung der Eigentumsverhältnisse. Neben einer Stärkung der Mitbestimmungsrechte sollen insbesondere Wege der Entflechtung und Dezentralisierung von Verfügungsrechten, vielfältige Formen und breite Verteilung von Eigentum verfolgt werden.
- (24) Wer keine Einflussmöglichkeiten sieht, fühlt sich auch nicht verantwortlich. Eine Politik, welche die Bürgerinnen und Bürger an der Mitwirkung hindert, erzeugt Resignation oder Militanz und liefert sich damit auf Dauer selbst die Begründung. Dies setzt einen fatalen Prozess des Demokratieabbaus und der Zerstörung demokratischen Engagements und Bewusstseins in Gang.
- (25) Die Enttäuschung über mangelnde Mitwirkungsmöglichkeiten in der Zuschauerdemokratie, über gebrochene Versprechen von Politikern und über offensichtliche Schwierigkeiten der Parteien zur Lösung elementarer Probleme hat sich längst mit den Folgen politischer und ökonomischer Chancenungleichheit und der daraus resultierenden Wut und Sündenbocksuche zu einem bedrohlichen Gemisch gepaart. Die Enttäuschung über eine unzulänglich verwirklichte Demokratie kann leicht die Angst vor Freiheit verstärken und den erneuten Ruf nach einer Diktatur laut werden lassen.
- (26) Der zwangsläufige Zusammenhang von Ohnmacht, Wut und Diktatur lässt sich nur durch mehr ökonomische und politische Gerechtigkeit, Selbstbestimmung und Demokratie aufbrechen. Deshalb werden wir mit aller Kraft für eine Demokratie kämpfen, die diesen Namen verdient. Wir wollen die direkten Einflussmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger erweitern, die Entscheidungen dezentralisieren, Föderalismus und Selbstverwaltung stärken.
- (27) Wir befürworten den politischen Gestaltungsauftrag der Parteien. Aber wir wollen das verfassungswidrig angelegte Monopol der Parteien auf politische Willensbildung zugunsten des Rechtes der Bürgerinnen und Bürger, politische Sachentscheidungen auch selbst zu treffen, überwinden. Wir treten daher für eine breite Entfaltung aller Formen der Selbstbestimmung und der direkten Demokratie ein.
- (28) Lebendige Demokratie verlangt Offenheit, aktive Toleranz sowie den Mut, aus Überzeugung zu handeln. Deshalb wenden wir uns entschieden gegen Tendenzen staatlicher Repression, Bespitzelung, Überwachung und Kriminalisierung.

1.4. SOZIALE GERECHTIGKEIT

- (29) Ökologie, Menschenrechte, Demokratisierung, Gleichstellung von Frauen und Männern und Gewaltfreiheit sind nicht umfassend durchsetzbar, solange die Gesellschaft in Arme und Reiche, in Etablierte und Ausgegrenzte gespalten ist. Der notwendige soziale Ausgleich als Weg zu sozialer Gerechtigkeit umfasst nicht allein die Verteilung von Geld und Gütern, sondern auch von Lebenschancen, freier Zeit und des Zugangs zum kulturellen und sozialen Leben.
- (30) Angesichts der fortschreitenden Entsolidarisierung in dieser Gesellschaft und der Verarmung immer größerer Bevölkerungsgruppen kämpfen wir mit Betroffenen und anderen um den notwendigen sozialen Ausgleich auch in diesem Land. Er stellt eine entscheidende Voraussetzung für die demokratische Bewältigung der Auswirkungen der deutschen Vereinigung dar. Ein fairer Interessenausgleich erfordert eine Umverteilung der Chancen von West nach Ost und der Lasten von Ost nach West. In allen Feldern internationaler Politik bleibt soziale Gerechtigkeit und die Verbesserung der Lebenschancen in allen Weltregionen entscheidender Antrieb unserer Politik.
- (31) Das heutige Sozialstaatsmodell, das die sozialen Konflikte der Gesellschaft durch die Verteilung von Wachstumsgewinnen abzdämpfen sucht, wie auch die klassische sozialistische Utopie, welche durch eine »Entfesselung der Produktivkräfte« neuen gesellschaftlichen Reichtum schaffen will, machen unter den Bedingungen eines notwendigen ökologischen Umbaus der Produktion und einer Beendigung des pauschalen Wachstumswahns keinen Sinn mehr. Die Sicherung einer menschenwürdigen Existenz muss auf der Grundlage eines naturverträglichen, selektiven Schrumpfens und Wachsens geleistet werden. Die überfällige Reform des Sozialstaates darf nicht zu Lasten der sozial Schwachen gehen.
- (32) Die Beteiligungsmöglichkeit am gesellschaftlichen Arbeitsprozeß muss so gestaltet werden, dass jeder Mensch die gleiche Chance hat, über die Befriedigung seiner Grundbedürfnisse hinaus einen historischkulturell angemessenen und ökologisch verträglichen Lebensstandard zu erreichen. Die unterschiedliche Wahrnehmung von Chancen darf nicht zur Herausbildung von Wirtschaftsformen führen, die strukturelle Armut und Arbeitslosigkeit mit sich bringen. Gerade Regionen mit hohem Entwicklungsbedarf können deshalb nicht allein den Marktkräften überlassen bleiben, sondern benötigen eine aktive soziale und ökologische Strukturpolitik. Historisch entstandene soziale Ungleichheiten erfordern einen sozialen Ausgleich durch Umverteilung des erwirtschafteten Reichtums, in der Regel von oben nach unten, und der Voraussetzungen, eigenen Reichtum zu schaffen. Nur durch eine gleichermaßen ökologische, soziale und demokratische Neubestimmung des Wirtschaftens und einen Umbau des Sozialstaates kann die »soziale Frage« langfristig gelöst werden.
- (33) Soziale Gerechtigkeit muss es weltweit für alle Menschen geben. Das wird durch die heute bestehenden Strukturen der wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zwischen den armen und den reichen Ländern unmöglich gemacht. Politische und moralische Kriterien verbieten es, den sozialpolitischen Blick auf die Bevölkerung des eigenen Landes zu verengen. Soziale Gerechtigkeit in unserem Land ist dauerhaft nur zu haben, wenn diese den Menschen in anderen Ländern der Welt nicht vorenthalten wird.

1.5. GESELLSCHAFTLICHE GLEICHSTELLUNG VON FRAUEN UND MÄNNERN

- (34) BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzt sich ein für die Verwirklichung der Menschenrechte für Frauen als eine der Voraussetzungen für eine friedliche, demokratische und ökologische Gesellschaft. Die patriarchalen Strukturen unserer Kultur und Gesellschaft schreiben den Zustand von Diskriminierung, Unterdrückung und Benachteiligung fort. Die Mitglieder von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erkennen an, dass wirkliche Erneuerung nur erreicht werden kann, wenn Frauen und Männer gleichermaßen an der Gestaltung gesellschaftlicher Prozesse beteiligt sind.
- (35) Die 70er und 80er Jahre waren für die Frauenbewegung in Westdeutschland wie auch weltweit zwei Jahrzehnte des Aufbruchs und der Hoffnung auf emanzipatorische Fortschritte. In den 80er Jahren hatten die GRÜNEN Frauen im Parteienspektrum eine gesellschaftliche Vordenkerinnenrolle. Ihre außerparlamentarischen und parlamentarischen Denkanstöße und Forderungen haben die etablierten Parteien und die öffentliche Diskussion bewegt und weitergebracht.
- (36) In der DDR wurden Frauenförderung und familienpolitische Maßnahmen staatlich verordnet. Frauen konnten durch ihre Erwerbstätigkeit und das damit verbundene Umfeld ein großes Maß an Selbstbewusstsein und materieller Unabhängigkeit entwickeln. Dennoch blieb die traditionelle Rollenverteilung zwischen Frauen und Männern bestehen, so dass eine Vielfachbelastung entstand, die allerdings von vielen Frauen hin- bzw. angenommen wurde. In oppositionellen Friedens- und Frauengruppen der DDR entwickelte sich daher ein Bewusstsein für die Ungleichbehandlung von Frauen. Ein Ergebnis davon war die überdurchschnittliche Beteiligung von Frauen an den Ereignissen des Herbstes '89.
- (37) Die Arbeits- und Lebensbedingungen haben sich für Frauen in der gesamten Bundesrepublik und besonders in den ostdeutschen Bundesländern verschlechtert. In dem Maße wie Frauen in den neuen Ländern aus der Erwerbsarbeit verdrängt werden, verlieren sie auch die Grundlagen für ein unabhängig materiell gesichertes Leben. Zugleich werden sie oftmals auf Haus- und Erziehungsarbeit sowie unterbezahlte und gering geschätzte Arbeitsplätze festgelegt, wie es ein Großteil der westdeutschen Frauen seit langem kennt. Bei allen Unterschieden der Biografien und Erfahrungen kann die gemeinsame Betroffenheit eine Grundlage für politisches Handeln sein. GrünbürgerInnenbewegte Politik soll dabei mobilisierend wirken.
- (38) Trotz aller Erfolge der Frauenbewegung ist die Gleichberechtigung der Frauen bisher nicht verwirklicht worden. Nach wie vor dominieren die Werte einer männerbestimmten Welt. Gewalt gegen Frauen und Mädchen muss von der Gesellschaft erkannt und entschieden bekämpft werden. Das Recht auf Selbstbestimmung und selbstgewählte

Lebensweise sowie auf körperliche Unversehrtheit ist unantastbar. Wir wenden uns gegen jede Art von Gesetzen, Praktiken und Verhaltensweisen, die die geistig-seelische und körperliche Integrität von Frauen und ihre Persönlichkeits- und Menschenrechte verletzen.

- (39) Ein Ziel der Politik von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist es, Gleichberechtigung und paritätische Beteiligung von Frauen und Männern in allen gesellschaftlichen Bereichen zu verwirklichen. Deshalb sollen zur Erfüllung echter Parität Frauen bevorzugt werden, z.B. durch Mindestquotierung und besondere Fördermaßnahmen.
- (40) Mitwirkungsrechte, die sich auf die besondere Betroffenheit von Frauen beziehen, sind dabei nur ein Ausgangspunkt für die angestrebte Umgestaltung der Gesellschaft. Deswegen sieht sich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN verpflichtet, innerorganisatorisch die paritätische Beteiligung von Frauen herzustellen und ihnen wirksame Mittel zur echten Gleichstellung im Rahmen eines Frauenstatuts in die Hand zu geben. Herangehensweisen, Fragestellungen und Ansichten von Frauen sind konsequent und außerordentlich einzubeziehen.
- (41) Voraussetzungen dafür sind: Entsprechende Mitwirkungsmöglichkeiten zu schaffen, die es für Frauen attraktiv machen, sich zu beteiligen. Dazu gehören auch Rahmenbedingungen, die es Menschen mit Kindern ermöglichen, ihre Verantwortung als Erziehende ebenso wahrzunehmen wie bei der Gestaltung gesellschaftlicher Prozesse.
- (42) Frauenpolitik heißt für uns, alle Politikbereiche aus feministischer Perspektive zu untersuchen, überall die unterschiedliche Situation von Frauen und Männern in unserer Gesellschaft zu erkennen und Veränderungen einzufordern, die über bestehende Gesellschaftsmodelle hinausweisen und Frauen ein selbstbestimmtes und selbstbewusstes Leben ermöglichen.

1.6. GEWALTFREIHEIT

- (43) Gewaltfreiheit ist ein grundlegendes Prinzip unserer politischen Ethik. Unter Macht verstehen wir verfügendes Handeln, das im Dienste des Lebens als Ganzem notwendig und an Verantwortung gebunden ist. Macht bedarf der Legitimation und ist an den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit der Mittel gebunden. Nicht legitimierte oder unverhältnismäßig ausgeübte Macht wird zur Gewalt.
- (44) Macht über Menschen sowie Macht über nichtmenschliches Leben und natürliche Ressourcen bedarf eines gesellschaftlichen Auftrags und ist rechenschaftspflichtig. Die aus Eigentum erwachsene Macht ist zu hinterfragen auf Auftrag und Rechenschaft, ohne die es ihr an Legitimität mangelt. Die Macht der Medien erfordert demokratische Kontrolle und Legitimation, die deren Unabhängigkeit von Staat, Parteien und wirtschaftlichen Interessen garantiert.
- (45) Wir befürworten die Gewaltenteilung im demokratischen Rechtsstaat einschließlich des Monopols polizeilicher Macht in der Hand des Staates, fordern aber eine Stärkung ihrer demokratischen Legitimation durch mehr Partizipation, mehr Kontrolle und mehr direkte Demokratie.
- (46) Das dem Staat übertragene Gewaltmonopol muss deshalb durch Verfassung und Gesetze auf das Notwendige beschränkt und durch die Verfassung begrenzt bleiben sowie einer ständigen und umfassenden Kontrolle durch eine unabhängige Justiz und demokratische Entscheidungsorgane unterworfen sein.
- (47) Macht darf nur zur Erfüllung ihres gesellschaftlichen Auftrags angewandt, aber nicht zum Selbstzweck werden. Machtstrukturen müssen transparent sein. Gebrauch von Macht zur Sicherung der Macht ist Missbrauch. Missbrauchte und angemaßte Macht wird zur Gewalt. Gegen den Missbrauch staatlicher Gewalt beanspruchen wir das Recht auf zivilen Ungehorsam und Widerstand.
- (48) Militärische Gewalt – zumal die mit hochtechnologischen und Massenvernichtungswaffen ausgerüstete – stellt eine generelle Bedrohung dar. Krieg und Kriegsdrohung mit solchen Waffen ist schlimmste, illegitime Gewalt. Deshalb streben wir eine umfassende Abrüstung und Entmilitarisierung der Gesellschaft an und lehnen Krieg als Mittel der Konfliktlösung ab.
- (49) Wir streben eine ökologische, soziale und solidarische sowie tolerante Weltordnung an, in der es keine wirtschaftlichen und weltanschaulichen Motive für die gewaltsame Austragung von Konflikten mehr gibt, in der jeder Militarismus geächtet wird und in der die erforderlichen Grundlagen für zivile, nichtmilitärische Formen der Konfliktbewältigung, der Rechtswahrung und der Friedenssicherung gegeben sind. Internationale Konfliktregelungen zur Abschaffung des Krieges bedürfen einer demokratisch reformierten UNO.
- (50) Wir stellen uns nicht nur gegen physische und psychische Gewalt gegen Kinder, Frauen und AusländerInnen. Wir stellen uns ebenso gegen eine die Menschenwürde verletzende publizistische Gewalt. Wir wenden uns gegen alle Formen struktureller Gewalt, der weltweit in Form ökonomischer Ausbeutung und politischer Unterdrückung Menschen zum Opfer fallen. Die Ethik der Gewaltfreiheit ist eine Ethik der Erhaltung und Entfaltung des Lebens.

2. FÜR EINE NEUE POLITISCHE KULTUR

- (51) Die weltweit bestehenden wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Probleme werden von der gegenwärtig vorherrschenden Politik weitgehend übergangen. Weil die etablierten Machtverhältnisse auf Besitzstandswahrung und Wohlstandserweiterung ausgerichtet sind, beschränken die damit verbundenen Konkurrenzmechanismen und hervorgerufenen Existenzängste die tatsächlichen Handlungsmöglichkeiten der Menschen. Das Ausmaß der Probleme und die politischen Antworten, die öffentliche Problemwahrnehmung sowie Wort und Tat der Verantwortlichen fallen immer stärker auseinander. Die sich zuspitzende ökologische und soziale Krise ist mit den

Instrumentarien der herkömmlichen Politik nicht mehr zu bewältigen.

- (52) Die Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse setzt eine grundlegende Erneuerung der politischen Kultur voraus.
Sie ist zugleich eine zentrale Aufgabe bei der Überwindung einer Krise, die längst die Existenzgrundlagen der Menschen zerstört.
- (53) Unser Handeln wird bestimmt von einer politischen Ethik, die von der Verantwortung für den Menschen als Individuum, für die Gemeinschaft der Menschen und das Leben im umfassenden Sinn ausgeht. Unser Leitbild ist eine solidarisch-ökologische Gesellschaft. Wir stellen dem Vorsatz egoistischer Einzelinteressen unser Interesse an einer durch Vernunft geordneten Welt entgegen.
- (54) Unsere politischen Vorstellungen beruhen auf der Überzeugung, dass unsere Ziele nicht durch Gewalt und Machtmissbrauch erreicht werden können. Wir vertrauen auf die Kraft der Argumente. Uns geht es darum, die Menschen für eine aktive demokratische Politik zu ermutigen. Wir sind deshalb, wo immer die Voraussetzungen für eine vernünftige Verständigung bestehen, um Dialog, die gewissenhafte Suche nach Konsens oder tragbaren Kompromissen bemüht. Einen solchen Politikansatz gilt es vor allem als Anspruch an uns selbst zu verwirklichen.
- (55) Unserem Politikverständnis liegt die Erkenntnis zugrunde, dass die Wirklichkeit nur als komplexes Ganzes in ihrer Wechselwirkung verstanden werden kann. Davon ausgehend strebt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN komplementäre, einander ergänzende und aufeinander angewiesene Lösungen an, welche die Beschränkung auf Teilbereiche und Einzelprobleme überwinden. Das Denken in unaufhebbar Widersprüchen, die Verabsolutierung von Teilinteressen in Form von Durchsetzungspolitik und Konfrontationsstrategien gilt es zu überwinden.
- (56) Wir sind uns gleichwohl bewusst, dass die Gesellschaft von widerstreitenden Interessen durchdrungen ist. Wo für uns die Suche und das Bemühen um Konsens oder überzeugende Kompromisse scheitern, sind wir gewillt, die nötigen Konflikte und Konfrontationen einzugehen. Dialog- und Konfliktbereitschaft gehören gleichermaßen zu den Bestandteilen unserer Politikfähigkeit.
- (57) Wir wollen unsere praktische Politik nicht aus vorgefertigten Weltbildern ableiten, sondern konsequent, von den vorfindbaren Problemen ausgehend, die notwendigen und angemessenen Lösungen suchen. Dabei kann das Überschreiten heutiger »Systemgrenzen« weder ein Ziel an sich noch ein Tabu sein.
- (58) Unsere politische Kultur soll einladend und aufnehmend und nicht abweisend und ausgrenzend sein. Sie ist darauf orientiert, Ängste abzubauen und Bereitwilligkeit für die notwendigen Veränderungen zu wecken. Sie soll die Bereitschaft stärken, für die eigenen Einsichten und Überzeugungen auch dann einzustehen, wenn sie nicht mit den herrschenden Ansichten konform gehen.
- (59) Eine solche politische Kultur schließt die entschiedene Stellungnahme gegen alle Arten und Tendenzen ein, aufgrund von Lagermentalitäten oder irrationalen Ängsten und Projektionen anderen Menschen die gleichberechtigte Teilnahme an den politischen Prozessen zu verwehren. Sie fordert von uns Fantasie und vielfältige Aktivitäten, um die Einbeziehung der Ausgeschlossenen oder von Ausschließung Bedrohten zu erreichen. In diesem Sinne sind wir bemüht, die missverstehende Unterstellung im politischen Diskurs unter uns wie auch mit anderen zu vermeiden.
- (60) Wir suchen für unsere politische Arbeit und Reformziele AnsprechpartnerInnen und Verbündete in der Gesellschaft. Unser Politikstil ist daher – auch im Konflikt von Interessen und Bewertungen – auf Dialog, d.h. auf Klärung und gewaltfreie Auseinandersetzung orientiert. Wir streben jenseits von Vorurteilen und ideologischer Engstirnigkeit eine demokratische Kultur des Streitens an. Unseren Grundwerten folgend erwächst unsere Politik aus der Betroffenheit von Gefühl und Verstand und konzentriert sich auf rationale Überlegungen, Sachfragen und die Erarbeitung umsetzbarer Konzepte. Der Verständigung sind allerdings dort Grenzen gesetzt, wo unsere definierten Grundwerte gewaltsam verletzt werden.
- (61) Unsere politische Meinungs- und Willensbildung vollzieht sich öffentlich und soll die sachliche Auseinandersetzung und das öffentliche Problembewusstsein fördern. Wir initiieren und unterstützen weit über unsere Organisation hinausgehende öffentliche Diskurse zu allen gesellschaftlichen Lebensfragen.
Dadurch wollen wir die Bürgerinnen und Bürger zu politischer Verantwortung anregen und in konkretes Handeln einbeziehen.
Individualität der Einzelnen sowie Vielfalt der Erfahrungen und Meinungen werden als wichtige Quelle von Ideen und schöpferischer Entwicklung anerkannt.

3. EINE NEUE POLITISCHE ORGANISATION

- (62) Mit der Vereinigung von BÜNDNIS 90 und DIE GRÜNEN verbinden sich die Erfahrung und der Anspruch politischer Bürgerbewegung und alternativer Partei zu einem gemeinsamen Projekt.
Das gleichberechtigte Zusammengehen beider ist nicht das Ende der jeweiligen Entwicklung, sondern der Beginn einer qualitativ neuen Zusammenarbeit in einer gemeinsamen Organisation im vereinten Deutschland. Sie beruht auf unterschiedlichen Erfahrungshintergründen, gemeinsamen Werten und übereinstimmenden Zielen.
- (63) In der Verpflichtung auf gemeinsame Grundwerte, einer von gegenseitiger Achtung und Toleranz bestimmten Geisteshaltung und einem davon geprägten Handeln bestehen die Herausforderungen, eine wirksame Arbeitsorganisation und sachgerechte Lösungswege zu finden. Der Charakter unserer neuen politischen Organisation wird sich im Rahmen eines beiderseitigen Lern- und Austauschprozesses, der demokratischen

Willensbildung und gesellschaftlichen Erfordernisse entwickeln.

- (64) Die innere Struktur unserer Organisation basiert auf Vereinbarungen, Regeln und Arbeitsmethoden, die eine aktive Beteiligung und Mitbestimmung ermöglichen, die Verselbständigung gewählter Gremien verhindern, die inhaltliche Qualifizierung demokratischer Entscheidungsprozesse gewährleisten, Transparenz, Kontrolle und Korrekturen gestatten und einen möglichst weitgehenden Minderheitenschutz garantieren sollen. Bürokratische Methoden der Disziplinierung lehnen wir ab. Unsere Basisbewegung braucht verbindliche Mitarbeit, rechtliche Form, durchdachte Logistik und die Einigung auf programmatische Inhalte.
- (65) Die Basisgruppen, regionalen Gliederungen und Landesverbände von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind in den jeweiligen kommunalen, regionalen und landespolitischen Fragen politisch eigenverantwortlich. Die Meinungs- und Willensbildung von Initiativen und Vereinen, der Arbeits- und Basisgruppen wird auf allen Ebenen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einbezogen.
- (66) Politische Flügel, Kreise oder Strömungen können einen wichtigen Beitrag zur innerorganisatorischen Willensbildung leisten. Eine konfrontative Verfestigung allerdings, ein Hang zur Abgrenzung, die Behauptung von Vielfalt und Beweglichkeit im Widerspruch zum gleichzeitigem Beharren auf der eigenen als der einzig richtigen Wahrheit, stehen einer auf Dialog und Konsens orientierten Sacharbeit und Streitkultur entgegen.
- (67) Politisches Anliegen unserer gemeinsamen Organisation ist eine gesellschaftliche Öffnung der innerorganisatorischen Arbeit. Unser gemeinsames Wirken nach außen vollzieht sich in breiten Bündnissen mit Bürgerinitiativen, sozialen Bewegungen, den daraus hervorgegangenen Verbänden, Stiftungen und ExpertInnen, die sich gleichen Grundwerten verpflichtet fühlen. Auch der Sachverstand und das Engagement derjenigen, die sich nicht parteipolitisch binden wollen, soll voll eingebracht werden können. Freie Mitarbeit sowie die Berücksichtigung auch von Nichtmitgliedern bei der Aufstellung von Wahlvorschlägen sind Beispiele dafür.
- (68) Unsere parlamentarische Arbeit soll der Öffnung unserer Politik für engagierte und sachkundige BürgerInnen dienen. Lobbyismus als die Verquickung parlamentarischer Vertretungen mit ökonomischen Sonderinteressen lehnen wir ab. Unsere Parlamentsfraktion soll die Meinung und Willensbildung der Gesamtorganisation, der sozialen Bewegungen und die Anliegen der WählerInnen in die Parlamente tragen. Gleichwohl bleiben unsere Abgeordnete ihrem Gewissen verpflichtet. Sie haben Anspruch darauf, ihre eventuell von der Mehrheit abweichende Meinung – eindeutig als solche deklariert – öffentlich zu äußern. Sache ihrer Verantwortung und Loyalität zur Organisation und Fraktion ist es, sich der Auseinandersetzung mit den von ihnen vertretenen Positionen zu stellen.
- (69) Das Parlament ist für uns nicht nur eine Tribüne der Öffentlichkeitsarbeit, sondern zugleich der Ort vielfältiger Kleinarbeit. Unser Streben nach weitreichenden Reformperspektiven schließt eine Beteiligung an Regierungskoalitionen ein, sofern dadurch wesentliche Schritte in Richtung auf die Zielsetzungen erreicht werden können. Oppositionsarbeit und Regierungsbeteiligung sind für uns grundsätzlich gleichberechtigte und bewährte Möglichkeiten der politischen Arbeit.
- (70) Wir sind uns bewusst, dass ohne eine breite gesellschaftliche Reformbewegung, die auf allen Ebenen, in allen Bereichen und Nischen der Gesellschaft und des Staates, ihre demokratischen Forderungen erhebt, unser politisches Vorhaben nur geringe Wirkung entfalten kann. Deswegen unterstützen wir alle Möglichkeiten des politischen Wirkens, die sich aus der parlamentarischen Arbeit und außerparlamentarischen Impulsen und Initiativen ergeben. In unserem Einsatz für die notwendigen gesellschaftlichen Veränderungen verbinden sich parlamentarische Sacharbeit mit Zivilcourage und zivilem Ungehorsam. Dadurch erhalten einzelne Aktionen einen symbolischen Wert und nachvollziehbaren politischen Sinn, den sie für sich allein nicht beanspruchen könnten.